

Ist SZ-Prantl ein Rassist?



Heribert Prantl,

Redakteur und sogenanntes „moralisches Gewissen“ der Süddeutschen Zeitung, hat sich in einem Kommentar zu der Forderung der Union geäußert, muslimischen Straftätern die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen. „Das ist dummes Dahergerede. Dem Missbrauch wären dann Tür und Tor geöffnet“, so Prantl. Er gibt sodann ungewollt zu verstehen, was er von Muslimen hält. Vorab: Nicht allzu viel.

Aber lassen wir ihn selbst zu Wort kommen (Hervorhebung durch PI):

*Die Staatsangehörigkeit ist keine süße Belohnung für gute Lebensführung. Sie ist da und bleibt da; und zwar auch dann, wenn der Staat seinen Bürger lieber ganz anders hätte: nicht so **blöd**, nicht so **querulatorisch**, nicht so **krank**, nicht so **verbrecherisch**. Staatsangehörige sind alle: die ganz guten und ganz schlechten Menschen und natürlich die vielen dazwischen. Staatsangehörige sind auch diejenigen, **die sich gar nicht als Bürger betrachten wollen, weil ihnen dieser Staat nicht passt.***

Alle, die als Deutsche geboren sind oder später Deutsche wurden, sind und bleiben deutsche Staatsangehörige, so lange sie es sein wollen. Deutschland darf missliebigen Deutschen nicht einfach die Staatsangehörigkeit entziehen – auch nicht, wenn sie Dschihadisten sind. Dem Missbrauch wären Tür und Tor

geöffnet. Eine Staatsbürgerschaft zweiter Klasse, die entziehbare Staatsbürgerschaft für muslimische Straftäter, darf es nicht geben. Der Entzug der Staatsangehörigkeit ist nämlich keine Strafe, sondern selbst ein Verbrechen. Deshalb hat das Grundgesetz dies verboten.

Die Forderung aus der Union, deutschen Dschihadisten die deutsche Staatsbürgerschaft abzuerkennen, ist also dummes Dahergerede. Deutsche Dschihadisten gehören hierzulande abgeurteilt, weil die Mitgliedschaft in einer ausländischen ebenso wie die in einer inländischen Terrorgruppe strafbar ist.

Wir finden, das ist aber ziemlich rassistisch vom Heribert Prantl, Muslime und Anhänger des Islam als blöd, querulatorisch, krank und verbrecherisch zu bezeichnen. Ja gerade zu politisch nicht korrekt, zu behaupten, die Brüder und Schwestern der Religion des Friedens betrachten sich gar nicht als Bürger (von Deutschland), weil ihnen dieser Staat nicht passt.